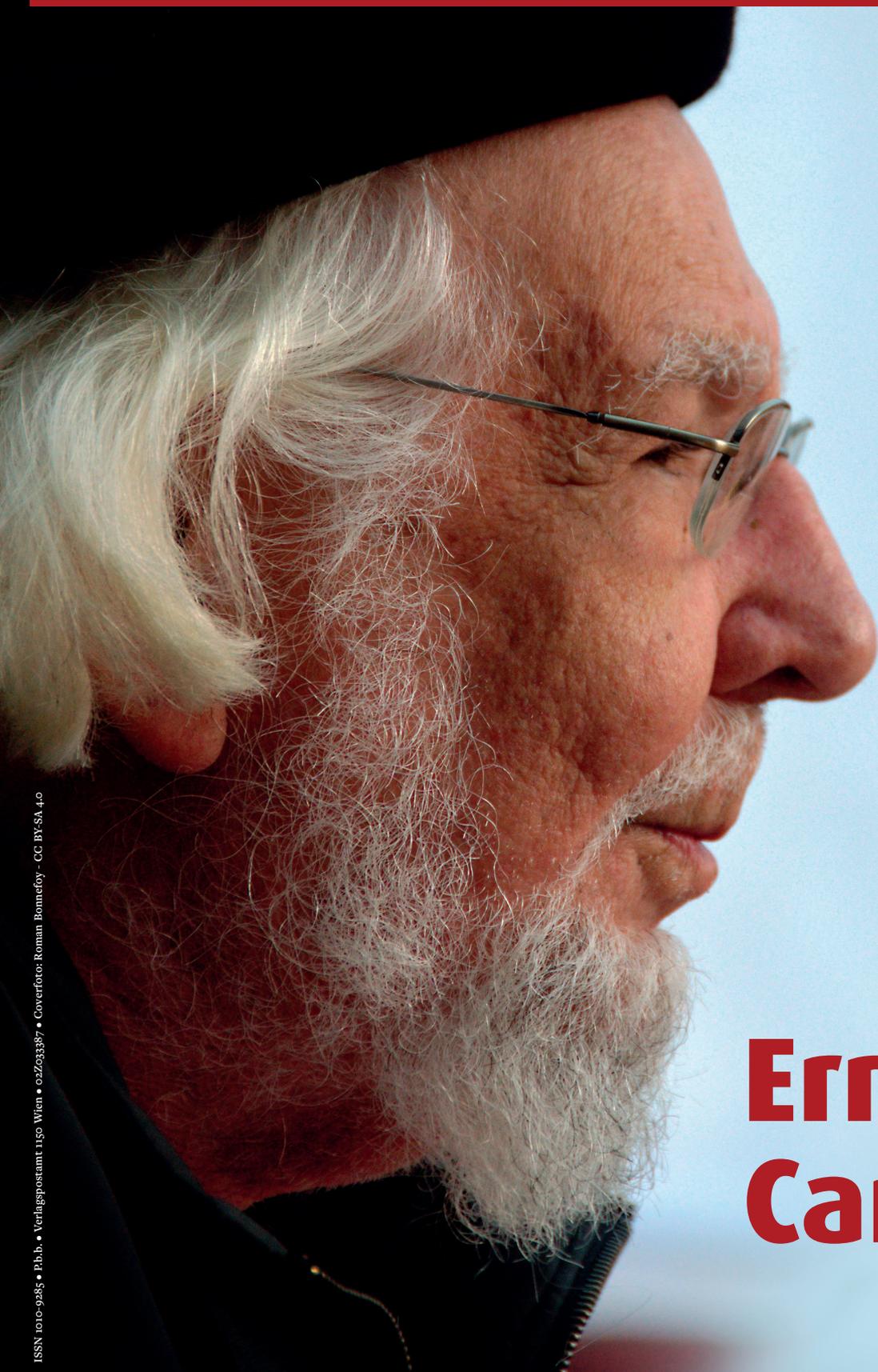


International

Die Zeitschrift für internationale Politik

Sonderausgabe 2/2020



Ernesto Cardenal

20. 1. 1925 – 1. 3. 2020

ISSN 1010-9285 • P.b.b. • Verlagspostamt 1150 Wien • 022033387 • Coverfoto: Roman Bonnefoy - CC BY-SA 4.0

Iran als gefährliches Epizentrum des Corona-Virus | **SOS Italien** | Coronavirus in Lateinamerika
Kopfgeld auf Maduro | Interview mit den französischen Soziologen und Philosophen Edgar Morin

Sonderausgabe 2/2020

Ernesto Cardinal

Wie im Heft 1/2020 unserer Sonderhefte angekündigt, so übermitteln wir knapp eine Woche danach bereits unser zweites Heft. Wir haben diesmal Texte ausgewählt, die sich zwar nach wie vor überwiegend mit der Covid-19-Krise befassen, allerdings bereits auch den Blick auf die zu erwartenden (mitunter zu befürchtende) Auswirkungen und Folgen der weltweiten Pandemie befassen. In den meisten Beiträgen – dies gilt vor allem über den Text unseres Redaktionsmitgliedes Homayoun Alizadeh über die Situation im Iran, den ausführlichen Bericht von Susanna Böhme-Kuby über Italien sowie den Beitrag unseres regelmäßigen Autors Leo Gabriel über Lateinamerika) werden auch die politischen und sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen, welche für die dramatischen Auswirkungen der Krise zumindest mitverantwortlich sind, analysiert. Der Text von Wolfgang Bittner („Kopfgeld auf Maduro und Kriegsschiffe vor Caracas“) aus den NachDenkSeiten behandelt bereits ein Thema, welchen wir uns in den nächsten Ausgaben verstärkt widmen werden, nämlich der Tendenz, dass bestimmte Mächte die aktuelle Krise brutal und rücksichtslos zur Durchsetzung von eigenen machtpolitischen Interessen missbrauchen. Der Nachruf von Adalbert Krims auf Ernesto Cardenal war an sich für

unser reguläres Heft II/2020 vorgesehen, passt aber durchaus zu den anderen Beiträgen über Lateinamerika, zudem wollen wir aber Artikel, welche bereits vor einiger Zeit verfasst worden sind, nicht allzu lange unveröffentlicht lassen. Deshalb werden wir auch in den nächsten Sonderheften immer wieder Texte, welche bereits publiziert hätten werden sollen, ins Netz stellen. Das Interview mit dem französischen Soziologen und Philosophen Edgar Morin befasst sich bereits mit den langfristigen gesellschaftlichen Folgen der aktuellen Krise.

Abschließend möchte ich neuerlich darauf hinweisen, dass wir auch auf unserem YouTube-Kanal weiter aktuelle Videos veröffentlichen, wie zuletzt einen Kommentar unseres Redaktionsmitgliedes Kurt Bayer über die Frage, wer die Gewinner der gegenwärtigen Krise sind: <https://www.youtube.com/watch?v=kSKuTur7dGs>.

Somit verbleibe ich mit den Wünschen nach einem heilen physischen und psychischen Überstehen der Covid-19-Krise.

Fritz Edlinger

Herausgeber und Chefredakteur

INHALT

Editorial

Fritz Edlinger 2

Iran als gefährliches Epizentrum des Corona-Virus

Homayoun Alizadeh 3

SOS Italien – Eine kritische Bestandsaufnahme

Susanna Böhme-Kuby 5

Coronavirus in Lateinamerika

Leo Gabriel 8

Kopfgeld auf Maduro und Kriegsschiffe vor Caracas

Wolfgang Bittner 10

Ernesto Cardinal – Ein Nachruf

Adalbert Krims 12

Interview mit Edgar Morin

David Le Bailly und Sylvain Courage 16



IMPRESSUM

International – Die Zeitschrift für internationale Politik | Medieninhaber, Herausgeber & Chefredaktion: Arbeitsgemeinschaft Internationale Publizistik, Quellenstraße 2C, 1100 Wien | Mit der Herausgabe und Chefredaktion beauftragt: Fritz Edlinger, E-Mail: f.edlinger@international.or.at | Grafik: Thomas Lehmann | Redaktion & Verwaltung: Quellenstraße 2C, 1100 Wien; Internet: www.international.or.at, E-Mail: office@international.or.at | Druck: Berger, 3580 Horn | ISSN: 1010-9285 | Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung der Verfasserin/des Verfassers wider und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion dar.



Tasnim News Agency - Creative Commons

Iran als gefährliches Epizentrum des Corona-Virus

Der Iran gehört zu jenen Staaten, welche zunächst die Corona-Pandemie nicht ernst genommen haben und der jetzt mit einer katastrophalen Krise konfrontiert ist. Nach wie vor ist die Position der iranischen Führung und der mächtigen Lobbys höchst widersprüchlich. Natürlich wirken sich auch die in erste Linie von den USA verhängten Sanktionen gegen den Iran höchst negativ aus.

Von **Homayoun Alizadeh**

Es gibt viele Gründe, warum der Iran zum brennenden Epizentrum der Corona-Pandemie im Nahen Osten werden könnte. Die Politik der Regierung, den Ausbruch des Corona Virus wochenlang zu verbergen; die Weigerung der Regierung, Städte und schiitische Schreine unmittelbar nach dem Ausbruch abzusperren; die unzureichende Testkapazität im Lande, das Corona-Virus zu bekämpfen; der Aberglaube der Gläubigen, die heiligen Schreine als Schutz gegen die Krankheit zu betrachten; die Politisierung und Propaganda der Regierung die USA und Israel als Verursacher der Krankheit anzuprangern; und nicht zuletzt der Mangel an Ernsthaftigkeit, mit der Krise umzugehen können.

Die ersten Todesfälle im Zusammenhang mit dem Corona-Virus sind nach offiziellen Angaben des Gesundheitsministeriums der Islamischen Republik Iran am 20. Februar dieses Jahres aufgetreten. Am 1. April dieses Jahres wurde die Zahl der bestätigten Fälle mit 47.593 angegeben. Die Zahl der Todesfälle betrug demnach 3.036. Diese Zahlen spiegeln jedoch nicht die eigentliche Situation im Lande wider. Viele zuverlässige Quellen deuten darauf hin, dass die tatsächliche Gesamtzahl der Erkrankungen an COVID-19 sowie der Todesopfer viel höher liegt, zumal wochenlang eine landesweite Nachrichtensperre über die Ausbreitung des Corona Virus

verhängt wurde, manche gehen von zehnfach höheren Zahlen aus. Die Satellitenbilder, die vor kurzem veröffentlicht wurden, zeigen Massengräber in Ghom, die darauf hindeuten, dass die Corona-Virus-Epidemie schwerwiegender ist als die Behörden zugeben. Die iranischen Sicherheitskräfte bzw. Revolutionsgardisten haben Ärzten gedroht, dass falls sie Einzelheiten über das wahre Ausmaß der Pandemie im Iran offenlegen würden, mit drakonischen Strafen zu rechnen hätten.

Viele Beobachter sind der Meinung, dass die Regierung in Teheran den Ernst der Lage unterschätzt hat. In einer Zeit, in der die meisten Länder Quarantänen, Sperren und soziale Distanzierung einführen, reisten noch tausende chinesische Touristen mit der iranischen Privatfluggesellschaft Mahan Air in den Iran, ohne die Passagiere unter Quarantäne zu stellen. Der iranische Parlamentarier, Bahram Parsaei, hat vor kurzem Mahan Air und die iranische Zivilluftfahrt-Organisation als Hauptverdächtige für den verheerenden Ausbruch des Landes bezeichnet. Eine hohe Anzahl von chinesischen Muslimen reiste nach Ghom, um den dortigen Schrein zu besuchen. Das erklärt, warum Ghom der Ort war, wo der Ausbruch des Virus am größten war. Die religiöse Stadt Ghom unter Quarantäne zu stellen, wurde bis heute nicht verwirklicht.

Bemerkenswert ist die Tatsache, dass die örtlichen Mullahs nach Bekanntgabe des Corona-Virus der Bevölkerung empfohlen hatten, sich an den heiligen Schrein in Ghom (Fatima Masumeh-Schrein) und Mshhad (Imam Reza-Schrein) zu wenden, um durch Berühren und Küssen der heiligen Grabstätte gegen das Corona-Virus immun zu sein und im Falle einer Ansteckung, ja sogar von der Krankheit geheilt zu werden.

Als die Regierung doch den Entschluss fasste, die Schulen und Universitäten wegen zu schließen, sind Tausende Familien aus Teheran in den Norden von Iran eingereist, um dort Ferien zu machen. Dies hat dazu geführt, dass eine große Anzahl von Einheimischen mit dem Corona-Virus infiziert wurde und wegen der dort mangelnden medizinischen Versorgung, insbesondere in den entlegenen Ortschaften, starben. In den nördlichen Provinzen von Gilan und Mazandaran wurden die Toten mit Kalk überdeckt und in Massengräbern beerdigt.

Die Anordnung der Regierung, dass die iranischen Bürger zu Hause bleiben sollten sowie Geschäfte und öffentliche Plätze zu räumen gewesen wären, blieben bis vor kurzem ohne Erfolg. Teherans Basare waren voll von Menschen, die ihre Einkäufe vor dem Norouz-Fest tätigen wollten. Am 18. März 2020, vor den vierzehntägigen Norouz-Ferien, das Neujahrfest der IranerInnen, wurden über 1,2 Millionen Autos registriert, die Teheran Richtung Süden verlassen haben.

Zu spät haben die iranischen Behörden den Ernst der Lage erkannt. Die Desinfizierung der Straßen von Teheran durch Feuerwehrleute konnte die Ausbreitung des Virus nicht unterbinden, da die Menschen kaum zu Hause geblieben sind. Das „ungehorsame“ Verhalten der Bevölkerung ist unter anderem auf die Tatsache zurückzuführen, dass die Bevölkerung ihrer eigenen Regierung, die jahrelang Unwahrheiten verbreitet hat, keinen Glauben mehr schenkt. Die Kontroverse über die Anordnungen des Gesundheitsministeriums und die willkürliche Art und Weise, wie diese von den Lokalbehörden umgesetzt wurden, hat die Armee und Revolutionsgardisten auf den Plan gerufen, um die Anweisungen der Regierung rigoros durchzusetzen.

Große Sorge bereitet die Ausbreitung des Corona-Virus in den iranischen Gefängnissen. Mit Ausnahme von politischen Gefangenen wurden in der zweiten Märzwoche über 85.000 Häftlinge vorübergehend freigelassen. Die politischen Gefangenen werden weiterhin in Haft gehalten, obwohl im Evin-Gefängnis Fälle von COVID-19 bekannt geworden sind.

Die iranische Regierung hat den Internationalen Währungsfonds ersucht, 5 Milliarden US-Dollar zur Verfügung zu stellen, um die Corona-Virus-Krise zu bewältigen. Die internationale Gemeinschaft tut sich aber schwer, dem Ersuchen der Islamischen Republik Iran nachzukommen, da man befürchtet, dass die Gelder für andere Zwecke verwendet würden und die Hilfe lediglich den religiösen Oligarchien und ihren Verwandten sowie Mitgliedern verschiedener Sicherheitskräfte wie etwa Basiji (ca. 300.000 Mann) und Revolutionsgardisten mit ihren Angehörigen zugutekommen wird und nicht der breiten Masse der iranischen Bevölkerung. Die Familienmitglieder der Staatsführung wurden als Vorsichtsmaßnahme in die am Persischen Golf liegenden Inseln von Kisch und Gheshm transferiert, um sie von der städtischen Bevölkerung fernzuhalten.

Die widersprüchlichen, teilweise sogar kuriosen Positionen des Iran zu internationalen Hilfsaktionen werden auch durch einen Vorfall am 22. März am Flughafen von Isfahan, Zentraliran, offenbar, wo die Organisation Ärzte ohne Grenzen (MSF) zwei große Frachtflugzeuge mietete, um medizinische Hilfe, darunter ein 9-köpfiges Notfallteam bestehend aus Ärzten, Krankenschwestern und Logistikern, ein aufblasbares Intensivkrankenhaus mit 50 Betten samt allen

Ausrüstungen, Medikamenten, Atemmasken und Schutzkleidungen in die am zweithäufigsten betroffene Provinz im Iran zu bringen. Man musste jedoch nach zwei Tagen Abwarten am Flughafen unverrichteter Dinge wieder abreisen. Obwohl die Hilfe aus dem Ausland von den örtlichen Gesundheitsbehörden positiv aufgenommen wurde und die Vorbereitungen auf dem Gelände des dortigen Amin-Krankenhauses abgeschlossen waren, musste sie auf Anweisung der Führung der Revolutionsgardisten die Genehmigung für die Intervention der Ärzte ohne Grenzen zur Behandlung schwerer COVID-19-Fälle in Isfahan mit der Argumentation, dass Iran keine Hilfe aus dem Ausland benötige, aufheben. Die Ärzte ohne Grenzen haben speziell für diesen Einsatz im Iran private Spenden gesammelt gehabt, um den Vorwurf, im Dienste einer bestimmten Regierung zu stehen, zu entgegnen. In einer Presseerklärung der Ärzte ohne Grenzen wird auf die Tatsache hingewiesen, dass aufgrund einer bilateralen Vereinbarung geplant war, die iranischen Behörden bei der Bekämpfung des Corona Virus behilflich zu sein und somit diese wichtige medizinische Hilfe in den Iran zu entsenden.

Gerade in Zeiten wie diesen versuchen die Revolutionsgardisten aus der Corona-Krise Kapital zu schlagen, um ihr getrübtetes Image, insbesondere wegen ihres brutalen Vorgehens gegen die im November 2019 stattgefundenen landesweiten Demonstrationen, welche über 1.500 Menschenleben forderten, und des im Jänner dieses Jahres erfolgten Abschusses des ukrainischen Passierflugzeugs mit 176 Toten, in der Öffentlichkeit zu polieren und sich als Retter der Nation darzustellen. Als sich die Nachricht von Corona-Virus-Fällen im Iran verbreitete, haben die Revolutionsgardisten die Verschwörungstheorie vertreten, dass das Corona Virus eine biologische Waffe sei, die von den USA und Israel produziert wurde, um die iranische Bevölkerung zu Fall zu bringen. Der Tod durch Corona-Virus wird als religiöses Martyrium verherrlicht, welches seit vierzig Jahren im Mittelpunkt der islamistischen Ideologie des Irans steht. Diese Propagandakampagne verfolgt einerseits das Ziel, die Versäumnisse der staatlichen Verantwortlichen zur Eindämmung des Corona Virus zu vertuschen bzw. die Inkompetenz der Regierung von Präsident Rohani hervorzuheben, und andererseits die USA und Israel als Verursacher der tödlichen Krankheit zu brandmarken. Die neu aufgetauchten Plakate in Großstädten, auf welchen die Revolutionsgardisten mit dem Krankenhauspersonal gezeigt werden, sollen den Eindruck erwecken, dass sie als „Verteidiger der Gesundheit“ und Retter der Nation fungieren, um so ihre Reputation innerhalb der Bevölkerung wiederherzustellen.

Wie immer wird die iranische Bevölkerung die Leidtragende sein. Der Sprecher des iranischen Gesundheitsministeriums, Kianush Jahanpour, twitterte vor einiger Zeit, dass alle zehn Minuten eine Person an dem Corona-Virus stirbt und etwa 50 Personen sich stündlich mit dem Virus infizieren. Die Befürchtung, dass in naher Zukunft eine Unzahl von Menschen im Iran in Folge der Corona-Epidemie sterben werden, ist sehr groß. Die Frage bleibt jedoch offen, wie weit das gegenwärtige Regime im Iran bereit ist, diese Krise als eine nationale und globale Bedrohung für die öffentliche Gesundheit zu sehen und die Pandemie nicht dazu zu missbrauchen, seine antiamerikanische und islamistische Ideologie zu untermauern, und letztendlich doch dem Wohlergehen des iranischen Volkes den Vorrang einzuräumen. 

Dr. Homayoun Alizadeh war als österreichischer Beamter des BMI im Flüchtlingsbereich und von 1995 bis 2014 als leitender Funktionäre des Büros des UNO-Hochkommissars für Menschenrechte in Afrika, Asien und Genf tätig. Er ist auch Redaktionsmitglied von INTERNATIONAL.

E-Mail: homal300@gmail.com



SOS Italien

Eine kritische Bestandsaufnahme

Das inzwischen weltweit verbreitete SARS-CoV-2 bestimmt seit dem 21. Februar die Auszeit in Italien. Seitdem hat die Regierung die Abschottungsmaßnahmen der Bevölkerung Woche um Woche verstärkt, allerdings mit fatalen regionalen Verzögerungen. Der schon am 31. Januar aufgrund einer Warnung der Weltgesundheitsorganisation vor einer Virusepidemie für sechs Monate erklärte Notstand hatte die administrativen Kompetenzen zunächst überfordert. Inzwischen zählt Italien die meisten Infizierten, Erkrankten und Toten in Europa.

Von **Susanna Böhme-Kuby**

Die Sterberate liegt am 26. März bei zehn Prozent der Infizierten, gegenüber noch 0,5 Prozent in Deutschland und einem Weltdurchschnitt von 4 Prozent (In Österreich liegt dieser Wert bei 0,6 Prozent. Anm.d.Red.). Alle fragen: Warum?

Ich vermute, dass sich die Sterberate überall proportional zu den spezifischen Bedingungen verhält, die das Virus in einem Kontext vorfindet, das heißt sie ist auch örtlich, zeitlich und altersgruppen-

bezogen zu differenzieren. Ein Forscher der Obersten Gesundheitsbehörde (Istituto Superiore della Sanità), Graziano Onder, weist in einer Studie, die soeben in der Fachzeitschrift *Jama* veröffentlicht wurde, darauf hin, dass zum einen die Erhebungsmethoden in den einzelnen Staaten unterschiedlich sind und man in Italien bei den Toten oft nicht unterscheidet, ob sie an oder mit dem Coronavirus gestorben seien. Zum anderen trete eine Diskrepanz

zwischen der Sterberate in Italien und China in derselben Verbreitungsphase des Virus nur bei den über 70- und 80-Jährigen auf, die der 60- bis 69-Jährigen liege in beiden Ländern bei 3,5 Prozent.

Es kann nur komplexe Antworten auf die obige Frage geben. An erster Stelle muss zweifellos die medizinische Ausgangslage genannt werden, und das heißt die inzwischen extrem unterfinanzierte und entsprechend unzureichende Ausrüstung des gesamten nationalen Sanitätssystems, dessen Effizienz und Exzellenz in Norditalien einst gelobt wurde. Die folgenden Zahlen eines Berichtes von 2018 über »40 Jahre Nationales Gesundheitssystem« sprechen Bände: Die einst 530.000 Betten (1981) reduzierte man auf 365.000 (1992) und bis auf 191.000 im Jahre 2017, der letzten offiziellen Zahlenangabe. Die Zahl der Krankenhausbetten sank also von noch 5,8 je 1000 Einwohner (1998) auf 3,6 (2017). Zum Vergleich: In Deutschland stehen heute trotz auch dort erheblicher Kürzungen immer noch sechs Betten pro 1000 Einwohner bereit. (In Österreich liegt dies bei ca. sieben Betten pro 1000 Einwohner. Anm.d.Red.)

Es waren die Brüsseler Auflagen der letzten Jahrzehnte, fixiert im sogenannten Fiskalpakt (2012), die zu massiven Sparmaßnahmen im gesamten Wohlfahrtssektor geführt und das Gesundheitssystem und die Forschung in besonderem Maße getroffen haben. Das öffentliche Gesundheitswesen ist sehenden Auges kaputtgespart worden. Allein zwischen 1999 und 2009 wurden 50 Prozent der Krankenhäuser im Norden und 23 Prozent im Süden geschlossen. Inzwischen gibt es in den 8000 Gemeinden des Landes überhaupt nur noch 1000 große Krankenhäuser, zu 51,8 Prozent in staatlicher und zu 48,2 Prozent in privater Hand. Vor allem die Regierungen von Mario Monti (2012) und Matteo Renzi (2015) haben diese staatlich finanzierten Privatisierungen gefördert, sie wurden zu regelrechten Pfründen für Wenige, begleitet von einer Fülle von Korruptionsskandalen. Vorreiter dabei war die Lombardei unter Führung der Forza Italia und der Lega. Die heute tragisch anmutende Dramatik der Ausgangslage vor allem in der Lombardei erschließt sich allein schon aus der Zahl der in den Krankenhäusern zur Verfügung stehenden circa 5000 Intensivbetten für 60 Millionen Italiener gegenüber 28.000 Intensivbetten in Deutschland für 81 Millionen Einwohner. Diese weniger als drei Prozent der Gesamtbettenzahl Italiens entsprechen nur knapp einem Drittel des europäischen Durchschnitts, und diese Betten sind schon von den üblichen Kranken im Winter stark bis überbeansprucht. Erst in den letzten Wochen konnte man den Bestand auf nun fast 9000 erhöhen. Der Zustand ist seit Jahren bekannt, ebenso wie die dünne Personaldecke. Zehntausend junge, gut ausgebildete Ärzte fanden keine Stellen mehr und wanderten aus. Nimmt man noch den Umstand dazu, dass jetzt im Februar nur ein Bruchteil an nötiger Ausstattung vorhanden war, es an Atemgeräten und Schutzkleidung fehlte und fehlt, so ist verständlich, dass sich fast zehn Prozent des bis zum Umfallen erschöpften Klinikpersonals inzwischen angesteckt haben – in einigen Strukturen sogar bis zu 50 Prozent – und die Krankenhäuser (neben den zu 70 Prozent privaten Altersheimen) damit selbst zur größten Ansteckungsgefahr geworden sind.

Hinzu kommt, dass die stark industrialisierte Po-Ebene seit Jahrzehnten zu den Gebieten mit der stärksten Luftverschmutzung in Europa gehört, die der von Wuhan ähnelt. Der aktuelle Notstand ist dort ausgebrochen, wo die Lungen der Menschen schon seit langem belastet sind und auch die Infektionsgefahren mit allen möglichen Viren höher sind als anderswo. Genannt wird als erhöhter Risikofaktor auch das relativ hohe Lebensalter der Italiener. Die Altersheime gerieten in unhaltbare Situationen, als sich auch dort das Pflegepersonal rasch infizierte und kaum Ersatz

bereitstand; die Sterberate stieg also an, auch ohne Corona-Infektion. (Eine qualifizierte Pflegekraft wird übrigens mit 13 Euro brutto pro Stunde entlohnt.)

Die anfänglichen Bitten um rasche Hilfe an die europäischen Nachbarn verhallten ungehört, erste Transportflugzeuge mit Material, Ärzten und Pflegekräften trafen Mitte März aus China sowie aus Kuba und Russland ein, das US-Militär stellte dann immerhin zehn Intensivbetten in Aviano, seinem Atomwaffendepot im Veneto, zur Verfügung, und deutsche Bundesländer wollen 18 Intensivpatienten aufnehmen.

In Italien hat diese Notlage all die anderen schwerwiegenden Probleme des Landes aus dem Blickfeld verdrängt – alle Medien propagieren das Virus mit ungezählten zu Hilfe gerufenen Medizin-Experten, die den bisherigen Mangel an wissenschaftlicher Kompetenz im öffentlichen Diskurs wettzumachen versuchen und dem Fernsehpublikum Vertrauen einflößen sollen. Sie suggerieren Kompetenz und Sicherheit, was die Politiker schon seit langem nicht mehr vermögen. Aber dabei treten auch alle Diskrepanzen zwischen Vertretern der Wissenschaft, die ja meist nur über partielle und vorläufige Ergebnisse verfügen, und den sogenannten Experten zutage, von denen klare (Vor-)Aussagen erwartet werden. Der Umstand, dass beide in dem heiklen polit-ökonomischen Kontext auch nicht neutral sind, führt oft zu widersprüchlichen Aussagen, die das Publikum mehr verunsichern als beruhigen. Aber alle Maßnahmen der Politik werden nun von diesen Experten bestimmt.

Die allabendlich um 18 Uhr vom Zivilschutz (Protezione Civile) verkündeten Zahlen der Infizierten und Verstorbenen – unkommentiert wie Börsendaten – sind nur vage aussagefähig, denn die Zahl aller Infizierten ist unbekannt und wohl weit unterschätzt. Der Chef des Zivilschutzes selbst spricht von einer mindestens 10-mal höheren Zahl Infizierter, denn die Bevölkerung ist nicht systematisch getestet worden, auch dafür mangelte und mangelt es immer noch am nötigen Material.

Aber die Zahlen zeigen einen Trend an und stimmen die Bevölkerung auf den nationalen Notstand ein, der die Disziplin aller einfordert. Politiker und Medien bedienen sich militärischer Rhetorik: Es ist von einem Krieg gegen einen unsichtbaren Feind die Rede, gegen den die vorderste Frontlinie der Medizin in den Schützengräben der Hospitäler heroisch unter Einsatz des Lebens kämpft und die von der Heimatfront ohne Wenn und Aber unterstützt werden muss. Inzwischen sind auch Militärärzte im Einsatz, Feldlazarette werden errichtet, Soldaten transportieren Särge und kontrollieren die Straßen.

Der Notstand, für den es in Italien keine spezifische Gesetzgebung gibt, wird von Regierungschef Giuseppe Conte mit Expertenteams gemanagt. Seine prekäre Koalition aus Demokraten und der Fünf-Sterne-Bewegung blieb bisher im Hintergrund (zum Teil auch unter Quarantäne wie PD-Chef Zingaretti).

Das Parlament ist wegen der Infektionsgefahr wochenlang de facto nicht mehr zusammengetreten. Der parteilose Conte erhält inzwischen Zustimmungswerte um 61 Prozent und steht als neuer »Mann am Steuer« auch deshalb weiterhin unter politischem Beschuss vonseiten der rechten Opposition, die an den Entscheidungen beteiligt sein und selbst gern das Steuer übernehmen möchte.

Salvinis Lega, die alle nördlichen Regionen regiert, konnte von ihrem dortigen Krisenmanagement bisher nicht spürbar profitieren. Daher sitzt sie der Regierung in Rom mit radikalen Forderungen im Nacken, anstatt jene regionale Handlungsautonomie unter Beweis zu stellen, die sie seit langem fordert, aber jetzt nicht auszuüben weiß. Dass es nun bei allen Maßnahmen in den ver-

gangenen Wochen auch unter den einzelnen Regionen unendlich viele Widersprüche gab, man offenbar zu spät und zögerlich handelte und zum Beispiel nicht verhinderte, dass bei der Abschottung der ersten »roten Zonen« Zehntausende vom Norden zu ihren Familien in den Süden entfliehen konnten (was auch in Frankreich passierte), war – unter den gegebenen Bedingungen – wohl kaum vermeidbar. So konnte die Virus-Welle auch das noch viel ärmere Süditalien überrollen. Dort fürchtet man neue Herde der Infektion, wenn sie im Norden abebben sollte, und es gibt bereits entsprechende Meldungen aus Kampanien, Kalabrien, Sizilien und Sardinien.

An Anlass zu Kritik mangelt es nicht, doch die bleibt in der brisanten Situation im Hintergrund oder tummelt sich in den Sozialen Medien. Die Disziplin der Bürger beim Haushüten ist erstaunlich groß, zumindest soweit ich es an meinem Platz in Venedig erkennen kann, von dem aus man sich seit dem 22. März mit einem neuen Passierschein (es gibt nach jedem Dekret eine neue Variante desselben) noch im Umkreis von 200 Metern bewegen darf. Über 90 Prozent der Befragten halten laut einer Umfrage von Iivo Diamanti (Repubblica, 23.3.2020) die seit vier Wochen verschärften Einschränkungen für notwendig, auch wenn wichtige konstitutionelle Grundrechte in Italien vorerst außer Kraft gesetzt sind.

Die EU hat ihre nationalen Egoismen wiederum unter Beweis gestellt, als sie die Schengen-Regeln aussetzte und nach und nach die Außengrenzen der EU und viele nationale Grenzen für Menschen, nicht für Waren, schließen ließ. Durch das jüngste umstrittene italienische Regierungsdekret ist seit dem 22. März auch ein Großteil der Industrieproduktion eingestellt, vorerst bis Anfang April. Über die schwierige Entscheidung, welche Produktionsketten unterbrochen werden können und welche nicht, gab es starke Auseinandersetzungen mit den Unternehmern. Die Gewerkschaften streikten in der Lombardei und in Latium zwei Tage lang, weil Beschäftigte de facto ohne Infektionsschutz arbeiten, und erreichten eine weitgehende Einbeziehung auch der Rüstungsindustrie, die bisher als unverzichtbar gilt.

Die EU musste nach anfänglichem Zögern und Zaudern ihre ins Mark der Nationen einschneidenden Finanzrestriktionen lockern, sogar den heiligen Fiskalpakt, allerdings bisher nur auf Zeit. Vor allem Deutschland und seine nördlichen Nachbarn stellen sich dessen definitiver Aufhebung immer noch entgegen, ebenso auch den von neun EU-Staaten unter Führung Frankreichs, Italiens und Spaniens geforderten Euro- oder Corona-Bonds zur gemeinsamen Finanzierung eines europäischen Wiederaufbaus. Brüssel gestattete Italien nur, die bisherige 3-Prozent-Marke der Neuverschuldung zu überschreiten – damit Gelder für die Unterstützung des zerstörten Wirtschaftskreislaufs im März in Höhe von rund 25 Milliarden Euro per Dekret bereitgestellt werden konnten. Ein zweites Paket ist für April in Aussicht gestellt. Aber das wird nicht reichen – und der ehemalige EZB-Chef Mario Draghi forderte in der Financial Times »ein völliges Umdenken angesichts dieser menschlichen Tragödie potentiell biblischen Ausmaßes« – eine Schocktherapie für einen Wechsel zu größtmöglicher Staatsintervention, europaweit, um Folgen abzuwehren wie aus den 1920er Jahren – und gerichtet sind seine Worte wohl vor allem an Berlin.

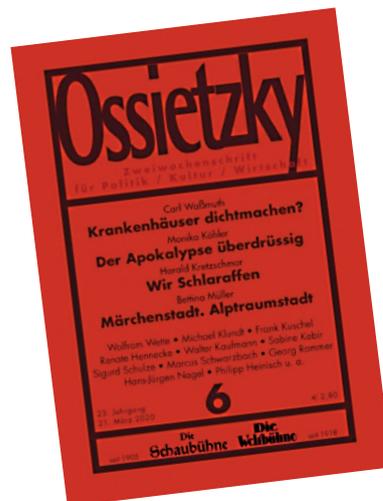
Sich Mut zusingende Menschen auf Balkons sah ich bisher nur in Fernseh-Spots. Und die schönen Fotos der großartigen menschenleeren Plätze in den italienischen Städten zeigen nicht die desolaten Gassen der Peripherie, nicht die Obdachlosen, die armen Familien, deren Kinder kein Homelearning am Bildschirm erreicht, nicht die Lager der Migranten und nicht die stark überbelegten Gefängnisse, in denen kürzlich Revolten ausbrachen, die mit 17 Toten endeten.

Vielen wird nach und nach klar, dass es sich nach dem noch nicht absehbaren Ende der Pandemie nicht um eine Rückkehr in ein Vorher handeln kann und wird. Der Bestand der EU steht auf dem Spiel, wenn es keine Überwindung der nationalen Egoismen gibt. Man darf gespannt sein, ob aus einem so kleinen Virus etwas großes Neues entstehen kann oder ob sich in Zukunft eine verstärkte Ungleichheit mit jener »Fobocrazia«, einer Herrschaft der Angst, ausbreiten wird, von der die römische Philosophin Donatella Di Cesare anlässlich möglicher Notstandsregime im Espresso vom 15. März schreibt. Dort hat der Karikaturist Altan am 22. März eine seiner genialen Zeichnungen platziert: »Die Welt? – fragt sein braver Bürger – »Waschen wir uns gründlich die Hände (= scheren wir uns nicht drum), dann sind wir in Sicherheit.«

(»Il Mondo? – Laviamocene accuratamente le mani e siamo al sicuro.«) 

Susanna Böhme-Kuby ist Germanistin und Publizistin und lebt und arbeitet in Venedig. Veröffentlicht in deutschen und italienischen Zeitschriften, u.a. Blätter für deutsche und internationale Politik, Ossietszky, L'indice die libri, Il Manifesto, Ytali (online).

E-Mail: s@kuby.it



Dieser Artikel ist in Ossietszky Heft 7/2020 erschienen.



Coronavirus in Lateinamerika

Von der Militarisierung zur „Krise als Chance“

Virenkrankheiten wie Masern, Malaria und Chicuncuya (eine besonders schmerzhaft abart der Influenza) sind im Katastrophen gewohnten Lateinamerika keine Seltenheit. Mit dem Coronavirus verhält es sich allerdings anders. Obwohl nur ein relativ geringer Teil der Bevölkerung von diesem Virus betroffen ist (in Brasilien wurden bis Mitte April laut CSSE der John Hopkins Universität 16.295 Krankheitsfälle, in Chile 5.546, in Ecuador und Peru je ca. 4.500 und im 120 Millionen-Land Mexico nur 3.381 bestätigt), hat er nicht nur wie in Europa die ökonomischen, sondern auch die politischen Rahmenbedingungen schlagartig verändert.

Von **Leo Gabriel**

So wurden in den meisten lateinamerikanischen Ländern Notstandsverordnungen verhängt, was die verfassungsmäßig verbrieften Grund- und Freiheitsrechte außer Kraft setzte. Besonders hart sind vom damit verbundenen Versammlungsverbot jene Länder betroffen, in denen wie in Chile (Verfassungsreferendum) und Bolivien (Präsidentenwahlen) Volksentscheide bevorstanden. Damit erreichte die mit Ausnahme von Mexiko und Argentinien schon vor dem Ausbruch der Pandemie in Gang gekommene Militarisierungstendenz der nationalstaatlichen Politik einen neuerlichen Höhepunkt.

Entwicklung zum Polizeistaat

In Honduras und Bolivien etwa benützen die rechtsextremen Machthaber die von ihnen verhängten Ausgangssperren, um ganze Armeekontingente in jene Landesteile zu schicken, wo ein besonders heftiger Widerstand zu erwarten ist. Dabei schießen die Soldaten manchmal sogar mit scharfer Munition auf diejenigen, die sich nicht an die von der Regierung verhängten Anordnungen halten wollen. Überhaupt dürfen in vielen Gegenden nur die registrierten Haushaltsvorstände zu Fuß außer Haus gehen, um die notwendigsten Lebensmittel zu besorgen.

Eine besondere Beachtung verdient in diesem Zusammenhang die politische Krise in Brasilien, die durch die Corona-Pandemie ausgelöst wurde: Nachdem der rechtskonservative Präsident Jair Bolsonaro die Tragweite des gefährlichen Virus wochenlang heruntergespielt hatte und seine Anhänger ostentativ umarmte – solange bis er selbst davon infiziert wurde –, entließ er Ende März kurzerhand seinen Gesundheitsminister, der von Anfang an vor dem Virus gewarnt hatte. Daraufhin veranstaltete die Armee unter Führung seines eigenen „Hausgenerals“ (Jefe de la casa militar de la presidencia) einen mehr oder minder versteckten Putsch, durch den dem Präsidenten die Koordination der Regierungsgeschäfte entzogen und der Gesundheitsminister wieder eingesetzt wurde.

Ausnahmefall Mexiko

Gerade noch rechtzeitig hat hingegen der linksliberale Präsident von Mexiko, José Manuel López Obrador, die Kurve gekratzt. Zwar erklärte auch er mit einem Amulett in der Hand, dass „die Mexikaner aufgrund ihrer Kultur und Geschichte sich als besonders widerstandsfähig erwiesen haben“, doch konnte er nach einigen Wochen nicht umhin, in verschiedenen Landesteilen (insbesondere im Norden des Landes) den Ausnahmezustand zu verhängen – sehr im Unterschied zur Hauptstadt, wo nach wie vor die meisten Restaurants und Kaffeehäuser geöffnet sind. „Wir müssen unbedingt vermeiden, dass die Epidemie des Coronavirus durch eine Hungerepidemie ersetzt wird“, sagte López Obrador in einer seiner allmorgendlichen Pressekonferenzen, die im Fernsehen übertragen werden.

Aber auch die von fast allen Regierungen verordneten, meist sehr streng gehandhabten Grenzsicherungen haben enorme Rückwirkungen auf die zentralamerikanischen und mexikanischen Flüchtlinge und den regionalen Binnentourismus gezeigt. War es in der jüngsten Vergangenheit schon schwer genug, von Ecuador oder Honduras an die US-amerikanische Grenze zu gelangen, ist es jetzt praktisch unmöglich, den von Donald Trump verstärkten Grenzzaun zu durchbrechen.

Die Opfer der Pandemie

Stellt man in Rechnung, dass in fast allen Ländern Lateinamerikas die Sozialversicherungssysteme, soweit überhaupt vorhanden, seit jeher sehr schlecht für Epidemien wie diese ausgerüstet waren, ist jetzt in den meisten öffentlichen Spitälern das Chaos ausgebrochen. Besonders schlimm ist die Situation in Ecuador, wo die Bestatter kaum nachkommen, die vielen Leichname aus den total überfüllten Spitälern zu begraben.

Man kann sich auch vorstellen, was die Schließung der öffentlichen Märkte für ein Land wie Peru bedeutet, wo mehr 70 Prozent der städtischen Bevölkerung im informellen Sektor tätig ist und 22 Prozent nicht einmal Zugang zu frischem Trinkwasser haben. Aber auch die Schließung der Ausleger- (Maquila-) Betriebe hat zu einem sprunghaften Ansteigen der Arbeitslosigkeit geführt.

Dabei ist die Talsohle der Epidemie noch lange nicht erreicht. Man denke nur an Milliardenbeträge der so genannten remesas, der Rücküberweisungen der LateinamerikanerInnen, die in den Ländern des Nordens (hauptsächlich in den USA und Südeuropa) arbeiten, die oft mehr ausmachen als die Exportprodukte der einzelnen lateinamerikanischen Länder. Konnte so mancher Latino zu Beginn der Krise seine heimliche Schadenfreude darüber nicht verbergen, dass das Virus diesmal auch die Länder des Nordens erwischte hatte, die zuvor immer vor den oft von ihnen verursachten Kalamitäten ausgespart blieben, ist den LateinamerikanerInnen inzwischen das Lachen vergangen. Denn sie fürchten mit Recht, dass Europa und die USA angesichts ihrer eigenen Notlage noch

weniger für Entwicklungszusammenarbeit und Auslandsinvestitionen übrig haben werden, als das bereits in der Vergangenheit der Fall war.

Was bleibt, sind die furchtbaren Geschäfte des Internationalen Währungsfonds, der mit seinen Strukturanpassungsprogrammen und der damit verbundenen Schuldenlast bereits in der Vergangenheit gezeigt hat, dass er einer der Hauptschuldigen für das Herunterfahren des Gesundheits- und Erziehungssystems in den Ländern des Südens war. Deshalb werden jetzt wieder Stimmen laut, die – ähnlich wie zur Jahrtausendwende – einen Schuldenerlass nicht nur für die ärmsten, sondern für alle Länder Lateinamerikas fordern.

Die Krise als Chance

Für die Linke und die sozialen Bewegungen Lateinamerikas, die gewohnt sind, die multidimensionale Krise, welche gleichzeitig eine ökologische, ökonomische, politische und eine Krise des Gesundheitssystems ist, von einem geopolitischen Standpunkt aus zu betrachten, ist die Corona-Krise – so widersprüchlich das auch klingen mag – auch eine Chance. Für die meisten AutorInnen kommt die Pandemie und ihre Folgen nämlich einem Scheitern des gesamten kapitalistischen Wirtschaftssystems in seiner neoliberalen Form gleich. Dabei würden, diesen AutorInnen zufolge (Atilio Boron (Argentinien), Anabel Hernandez (Mexiko), Alberto Acosta (Ecuador)) u.a. die Widerstandsbewegungen hauptsächlich von dem um sein Überleben kämpfenden globalen Süden ausgehen, der bereits in der Vergangenheit Strategien zur Überwindung der multidimensionalen Krisen, die jetzt die ganze Welt betreffen, entwickelt hat. Stichwort: Solidarwirtschaft, Rettung des Ökosystems und partizipative Demokratie.

Rettung aus Kuba?

In diesem Zusammenhang ist auch die Tatsache bemerkenswert, dass Kuba, ein weltweit anerkannter Pionier auf dem Gebiet der medizinischen Forschung, ein Medikament entwickelt hat, das bisher am effizientesten gegen COVID-19 gewirkt hat. Dieses INTERFERON ALFA 2B wurde sowohl im spanischen Sevilla, wo es bis dato keine Todesfälle zu verzeichnen gab, als auch in Südkorea, wo es bei 8000 Infizierten nur 72 Todesfälle gegeben hat, erfolgreich getestet. Das Internetportal RESUMEN LAINOAMERICANO berichtet auch, dass die deutsche Regierung mit einer chinesischen Firma, der Kuba das Interferón Alfa 2B zugänglich gemacht hat, in Verhandlungen stehe, es aber im Hinblick auf die USA vermeiden wolle, dass ausgerechnet das kommunistische Kuba als Retter für die durch den Coronavirus erzeugten politischen und von der Wirtschaft instrumentalisierten Krisen in Erscheinung treten könnte.

Wie dem immer auch sei: Die weltumspannende Pandemie hat in Lateinamerika zwar kurzfristig jene Sektoren gestärkt, welche unter der Federführung der USA schon seit einiger Zeit die Oberhand gewonnen haben; gleichzeitig hinterlässt sie jedoch in der Bevölkerung ein Machtvakuum, das darauf wartet, gefüllt zu werden. 

Leo Gabriel ist Journalist und Anthropologe. Mitglied des Internationalen Rates des Weltsozialforums.

E-Mail: lgabriel@gmx.net

Kopfgeld auf Maduro und Kriegsschiffe vor Caracas

Die USA forcieren ihren Terror gegen Venezuela

Nachdem mehrere Mordanschläge auf den venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro fehlgeschlagen sind, haben die Bellizisten in den USA eine neue infame, völkerrechtswidrige Terroraktion gestartet. Von der Corona-Krise überlagert wurde eine Meldung, wonach die USA ein Kopfgeld von 15 Millionen Dollar auf Maduro ausgesetzt haben.¹ Ginge es mit rechten Dingen zu, hätte es zu dieser Ungeheuerlichkeit eine weltweite Protestwelle geben müssen. Doch bekanntlich können die USA schalten und walten wie sie wollen.

Von **Wolfgang Bittner**



US-Justizminister William Barr hat Anklage mit der Begründung erhoben, Maduro führe einen Drogenhändlerring namens „Kartell der Sonnen“ (Cártel de los Soles) an, dem auch Regierungsmitglieder und Militärs angehörten. Der Ring soll hunderte Tonnen Kokain geschmuggelt haben. US-Außenminister Mike Pompeo erklärte, die 15 Millionen würden für Hinweise zur Ergreifung Maduros gezahlt, den er als „linksnationalistisch“ be-

zeichnete. Angeblich kooperiert Maduro mit der kolumbianischen Guerillaorganisation FARC. US-Staatsanwalt Geoffrey Berman, der die Anklage vertritt, sagte: „Maduro und die anderen Angeklagten wollen die USA mit Kokain fluten, um die Gesundheit und das Wohlergehen unserer Nation zu untergraben ... Maduro benutzt Kokain als Waffe.“² Derartige Anschuldigungen sind nicht neu, die Beweise fehlen.

Anfang April verstärkten nun die USA den militärischen Druck,

¹ Vgl. www.stern.de/news/usa-setzen-kopfgeld-von-15-millionen-dollar-gegen-maduro-aus-9200064.html. Siehe auch: www.nachdenkseiten.de/?p=60038

² Zit. wie: www.wz.de/politik/ausland/usa-setzen-kopfgeld-auf-maduro-aus_aid-49771405

Ernesto Cardenal – Ein Nachruf

Dichter, Priester und Revolutionär. Mit diesen drei Begriffen wurde Ernesto Cardenal meistens charakterisiert. Er war in den 1980er Jahren sicher die international bekannteste Persönlichkeit Nicaraguas und Aushängeschild der sandinistischen Revolution.

Von **Adalbert Krimms**

Nach seinem Bruch mit der Sandinistischen Befreiungsfront (FSLN) 1994 war er ein scharfer Kritiker der Partei, vor allem von Daniel Ortega und seiner Frau Rosario Murillo. Und er war bis ins hohe Alter auf Lesereisen im Ausland, auch in Deutschland und Österreich, unterwegs. Am 1. März ist Ernesto Cardenal in Managua gestorben.

Ernesto Cardenal Martínez wurde am 20. Jänner 1925 in Granada, einer alten Kolonialstadt am Westufer des Nicaraguasee, geboren. Er stammte aus einer traditionsreichen, wohlhabenden Familie der nicaraguanischen Oberschicht. Sein um 9 Jahre jüngerer Bruder Fernando Cardenal (verstorben am 20. Februar 2016 in Managua) wurde Jesuitenpater und war gemeinsam mit Ernesto als Erziehungsminister Mitglied der sandinistische Regierung. Ernesto Cardenal absolvierte in seiner Heimatstadt Granada das Jesuitenkolleg und studierte von 1942 bis 1946 Literaturwissenschaft an der Autonomen Nationaluniversität von Mexico. Schon als Student gehörte Cardenal einem Lyrikerkreis an und engagierte sich in der linken Studentenbewegung. Von 1946 bis 1949 setzte er sein Studium an der Columbia State University in New York fort. 1949/50 bereiste er Italien, Spanien und die Schweiz.

Nach seiner Europareise kehrte Ernesto Cardenal 1952 nach Nicaragua zurück, wo er seine literarische Arbeit fortsetzte. Er schloss sich der linken oppositionellen Jugendbewegung UNAP (Unión Nacional de Acción Popular - Nationale Vereinigung der Volksaktion) an und beteiligte sich 1954 aktiv an der April-Revolution gegen den Diktator Anastasio Somoza García. Am Ostersonntag, 4. April 1954, versuchte eine Gruppe von ehemaligen Offizieren der Nationalgarde und einige Zivilisten (darunter Cardenal), den Somoza-Clan zu stürzen. Sie legten an der Panamericana einen Hinterhalt. Der Plan wurde aber verraten, so dass Somoza nicht in den Hinterhalt fuhr. Außerdem hatte die Gruppe keinerlei Unterstützung in der Nationalgarde, weshalb der Umsturzversuch rasch niedergeschlagen und die Anführer verhaftet sowie einige ermordet wurden. Ernesto Cardenal entkam nur mit Mühe einem Massaker Somozas.

Der Weg zum Geistlichen

1956 musste Cardenal das Land verlassen und ging in die USA. 1957 trat er in das Trappistenkloster Gethsemani im Bundesstaat Kentucky ein. Sein Novizenmeister war Thomas Merton, ein be-

kannter Dichter und Mystiker, der Cardenal stark beeinflusste. Im Kloster schrieb er „Vida en el amor“, das zu einem Klassiker moderner Meditationsliteratur wurde und 1971 ins Deutsche übersetzt wurde („Das Buch von der Liebe“). Aus Gesundheitsgründen verließ er im Jahr 1959 Gethsemani und lebte dann mehrere Jahre in Mexico und Kolumbien.

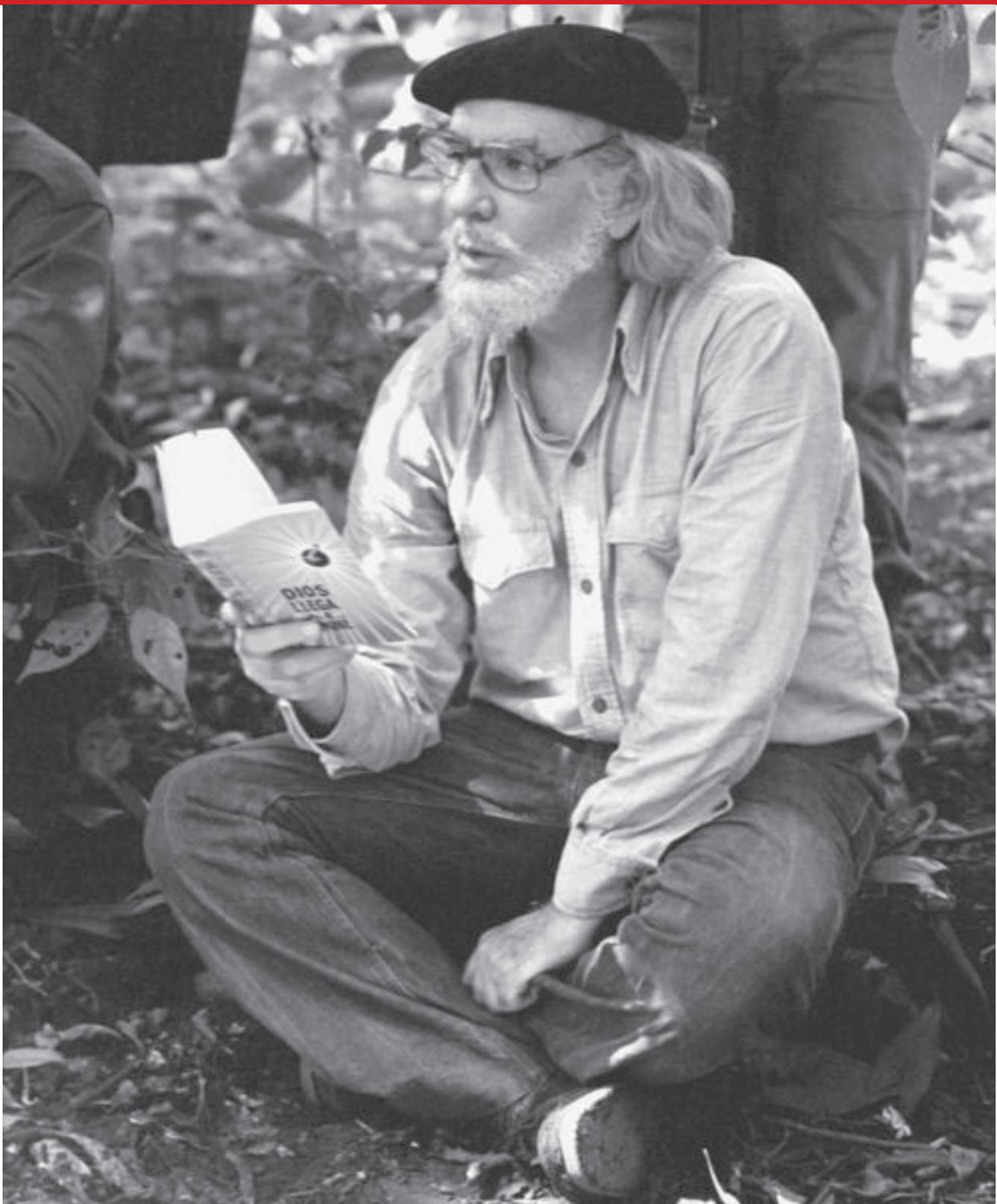
In Mexico war Cardenal zwei Jahre lang Gast der Benediktinerabtei Santa Maria de la Resurrección in Cuernavaca. Dort studierte er katholische Theologie – unter anderen bei Ivan Illich. Ab 1961 führte Cardenal dieses Studium in Medellín (Kolumbien) fort, wo er später als Lehrer am Seminario de Cristo Sacerdote von La Ceja tätig war. Aus dieser Zeit stammen seine Bücher „Psalmen“ (diese Nachdichtungen aus dem Alten Testament wurden zu einer der spirituellen Grundlagen der Befreiungstheologie) sowie „Gebet für Marilyn Monroe und andere Gedichte“.

1965 wurde Ernesto Cardenal in Managua zum Priester geweiht. Er schlug aber keine klerikale Laufbahn ein, sondern gründete ein halbes Jahr später gemeinsam mit dem Schriftsteller William Agudelo auf der Insel Mancarrón in der Solentiname-Gruppe des Großen Sees von Nicaragua eine nach urchristlichen Vorstellungen ausgerichtete Kommune, die sich durch Landwirtschaft und Fischerei selbst versorgte. Außerdem wurde dort die Volkskultur gepflegt – von Musik über Dichtung bis Malerei und Bildhauerei. Cardenal las und besprach mit den Bauern und Fischern auch das Evangelium. Aus der Niederschrift dieser Gespräche entstand eines seiner Hauptwerke: „Das Evangelium der Bauern von Solentiname“, das 1975 auf Spanisch und 1977 auf Deutsch erschienen ist.

Ernesto Cardenal unternahm schon von Solentiname aus mehrere Auslandsreisen, so z. B. 1970 nach Kuba, wo er sich drei Monate aufhielt und auch mit Fidel Castro zusammentraf. Darüber schrieb er das Buch „In Kuba. Ein Reisebericht“ (1972 erschienen). 1971 besuchte er Chile und wurde vom sozialistischen Präsidenten Salvador Allende empfangen. Bereits 1973 trat Cardenal erstmals in Deutschland auf (eingeladen vom Peter-Hammer-Verlag in Wuppertal, der seine Bücher auf Deutsch herausbrachte).

Exil in Costa Rica und Rückkehr nach Nicaragua

Am 13. Oktober 1977 besetzte eine Gruppe von Bauern aus Solentiname die Kaserne der Nationalgarde in San Carlos. Dabei wurden allerdings mehrere Angreifer getötet. Die Luftwaffe Somozas



bombardierte daraufhin Solentiname und zerstörte viele Einrichtungen der Gemeinde. Cardenal musste ins benachbarte Costa Rica fliehen, wo er den Guerilla-Kommandanten Daniel Ortega kennenlernte, der Ende Dezember 1974 durch eine Kommandoaktion mit Geiselnahme aus dem Kerker Somozas befreit worden war und seither ebenfalls im Exil in Costa Rica lebte. Ernesto Cardenal trat offiziell der Sandinistischen Befreiungsfront (FSLN) bei und wurde wegen seiner Bekanntheit als Dichter als „Botschafter der Revolution“ um die Welt geschickt.

Mit dem Sieg der Revolution am 19. Juli 1979 konnte auch Ernesto Cardenal nach Nicaragua zurückkehren und wurde von der FSLN gebeten, das Amt des Kulturministers in der neuen

Regierung zu übernehmen. In dieser Funktion förderte er u. a. Dichterk Werkstätten in Dörfern, bei der Polizei und selbst in der Armee. Die katholische Kirche stellte sich in der letzten Phase der Somoza-Herrschaft gegen die Diktatur und stand der neuen Übergangsregierung anfangs positiv gegenüber. Allerdings traten die bürgerlichen Vertreter in der Regierungsjunta (Alfonso Robelo und Violeta Chamorro) schon nach neun Monaten zurück, was auch zu einer Verschlechterung des Verhältnisses der Bischofskonferenz zu der nun allein von den Sandinisten geführten Regierung beitrug. 1981 wurde in den USA Ronald Reagan Präsident, der von Anfang an einen aggressiven Kurs gegen Nicaragua verfolgte, weil er in den Sandinisten – neben Kuba – einen weiteren Vorposten der

Sowjetunion in Lateinamerika sah. Während also die USA durch Sanktionen (bis hin zur Verminung der nicaraguanischen Häfen 1984) und Finanzierung der inneren Opposition (bald auch bewaffnet in Form der „Contras“) auf den Sturz der sandinistischen Regierung abzielten, wurde die katholische Kirche – vor allem in Person des Erzbischofs von Managua, Kardinal Obando y Bravo, – zu einem weiteren Bollwerk der antisandinistischen Opposition. Allerdings war die katholische Kirche in ihrer Haltung gespalten, nicht einmal alle Bischöfe standen voll hinter der harten Position des Kardinals. Viele Priester und Laien unterstützten außerdem die Sandinisten und bezeichneten sich selbst als „Iglesia popular“ (Kirche des Volkes).

Konflikt um die Priester-Minister und der Besuch des Wojtyla-Papstes

In dieser Situation kam den vier Priestern in Ministerämtern (neben Kulturminister Ernesto sein Bruder Fernando Cardenal als Erziehungsminister, Außenminister Miguel D'Escoto sowie Sozialminister Edgardo Parrales) eine strategische Bedeutung für beide „Lager“ zu. Für die Sandinisten war es wichtig, nach Innen und Außen zu demonstrieren, dass die Revolution nicht anti-christlich ist, sondern im Gegenteil von prominenten Christen in wichtigen Funktionen mitgetragen wird. Ernesto Cardenal hat in den 1980er Jahren wiederholt betont, dass er lieber wieder auf Solentiname leben und schreiben würde als im Ministerium in Managua zu sitzen, dass er es aber als seine „christliche und priesterliche Pflicht“ empfinde, „dem Volk zu dienen“ und durch sein Amt auch zum Schutz der Revolution beizutragen. Umgekehrt waren natürlich den Gegnern der sandinistische Revolution die Priester-Minister ein besonderer Dorn im Auge, haben sie doch die Argumentation erschwert, es handle sich um ein anti-christliches, kommunistisches Regime.

Angesichts dieser Spannungen kam dem Besuch von Papst Johannes Paul II. im März 1983 besondere Bedeutung zu. Während die Beziehungen des Vatikans zur Somoza-Diktatur konfliktfrei verliefen, mahnte der polnische Papst bereits acht Monate nach dem Sieg der Revolution die neue Regierung, die Menschenrechte zu respektieren und den Katholiken keine „fremden Standpunkte“ aufzuzwingen. Außerdem weigerte er sich, den nicaraguanischen Außenminister Miguel d'Escoto zu empfangen, weil dieser katholischer Priester war. Johannes Paul wurde sowohl von der Regierung als auch von der Bischofskonferenz nach Nicaragua eingeladen. Die Vorbereitung des Besuches gestaltete sich aufgrund der Konfliktsituation schwierig. Der Kardinal erwartete sich natürlich eine Stärkung seiner Position, während die Sandinisten schon die Tatsache des Papstbesuches als Signal gegen die Sanktionspolitik der USA betrachteten – und sie erhofften auch Worte des Papstes gegen den von Honduras aus geführten bewaffneten Kampf der Contras.

Am 4. März 1983 traf Johannes Paul II. von Costa Rica kommend in Managua ein. Die Regierung hatte für den Papstbesuch arbeitsfrei gegeben und Transportkapazitäten gratis zur Verfügung gestellt, um möglichst vielen Menschen die Teilnahme zu ermöglichen. Nach seiner Ankunft hielt der Papst eine kurze Ansprache auf dem Flughafen, in der er namentlich nur Kardinal Obando begrüßte. Dann kam es zu einem „Zwischenfall“, der über Fernsehen in die ganze Welt ging: Ernesto Cardenal hatte entgegen der ursprünglichen Vereinbarung mit dem Vatikan, wonach die Priester-Minister beim Besuch nicht in Erscheinung treten sollten, in der Reihe der Regierungsmitglieder Aufstellung genommen. Als Johannes Paul zu ihm kam, kniete Cardenal nieder und wollte seinen Ring küssen. Der Papst entzog ihm jedoch mit einer heftigen

Bewegung die Hand und forderte ihn mit erhobenem Zeigefinger zum Gehorsam gegenüber der Kirche auf.

Der eigentliche Eklat folgte aber erst bei der Abschlussmesse auf dem „Platz des 19. Juli“ in Managua. Am Beginn des Gottesdienstes wurde Johannes Paul von den 700.000 Besuchern noch stürmisch begrüßt. Als er aber in seiner Predigt mehrmals ausdrücklich gegen die „Kirche des Volkes“ Stellung nahm, von „Entstellungen durch irgendeine menschliche Ideologie oder ein politisches Programm“ sprach und ausdrücklich eine „Unterwerfung unter das Lehramt der Kirche“ forderte, gab es zwar Applaus von einer Minderheit konservativer Katholiken, aber es kam auch zu Sprechchören von der „anderen Seite“ (z. B. „Wir wollen Frieden“, „Zwischen Christentum und Revolution gibt es keinen Gegensatz“, „Wir wollen eine Kirche der Armen“ bis hin zu „Volksmacht“). Um diese Sprechchöre zu übertönen, brüllte der Papst mit sich überschlagender Stimme: „Silencio!“.

In vielen internationalen Medien wurde dieser Zwischenfall bei der Papstmesse als bewusste Störaktion der Sandinisten bezeichnet. Dem hat Ernesto Cardenal entschieden widersprochen. Bei einem Besuch in Wien Ende Mai 1983 schilderte Cardenal die Vorkommnisse auf dem „Platz des 19. Juli“ so: „Die Mehrheit unserer Bevölkerung ist katholisch, und die Mehrheit der Bevölkerung steht ebenso hinter den Sandinisten. Es sollten daher beim Papstbesuch keine politischen Demonstrationen stattfinden. Wir haben gesagt, es sollen überhaupt keine politischen Parolen gerufen werden; es sollten keinerlei politische Spruchbänder oder Tafeln getragen werden... Nun hat aber der Papst in der Messe eine politische Tat gesetzt – gegen die Revolution. Alles, was er gesagt hat, waren Anspielungen auf die Revolution. Im Publikum waren etwa 50.000 bis 100.000 Leute, die gegen die Revolution sind, und die bei dieser Gelegenheit applaudiert haben. Das hatte den Eindruck gemacht, dass alle Leute einverstanden seien, wenn der Papst etwas gegen die Revolution sagt. Und als der Papst dann gegen die Kirche des Volkes sprach, also gegen die Christen, die für die Revolution sind, haben die Menschen dies nicht mehr hingenommen und haben angefangen zu rufen... Das Volk hat sich nicht an unsere Anweisungen gehalten – ein katholisches Volk, das sich gegen den Papst auflehnt, das ist in der modernen Geschichte noch nicht vorgekommen. .. Das Volk hat eine Verehrung für den Papst, aber wenn dieser die Revolution angreift, dann lehnt es sich auf... Der Papst ist gekommen, das Volk von Nicaragua zu demütigen, aber er ist selbst gedemütigt worden.“ (Zitiert nach Adalbert Krims, „Karol Wojtyla – Papst und Politiker“, Köln 1986, S 140 f.).

Suspendierung vom Priesteramt und Ausscheiden aus der Regierung

Der Konflikt zwischen dem Vatikan und der Nicaraguanischen Bischofskonferenz auf der einen und der sandinistischen Regierung auf der anderen Seite, der durch den Papstbesuch noch verschärft wurde, führte schließlich dazu, dass die vier Priester-Minister, die sich weigerten, entweder aus der Regierung auszuschneiden oder ihr Priesteramt zurückzulegen, von ihren geistlichen Ämtern suspendiert wurden. Ernesto Cardenal erhielt diese Mitteilung am 4. Februar 1985, zwei Wochen nach seinem 60. Geburtstag. Bei einer Pressekonferenz in Managua sagte er dazu: „Mit tiefem Schmerz habe ich von Rom eine offizielle Mitteilung erhalten, die mir die kanonische Suspendierung auferlegt und mich von der Ausübung des priesterlichen Dienstes ausschließt. Dieser Befehl kam direkt vom Papst... Wir sind Opfer einer Ungerechtigkeit. Sie haben uns bestraft, weil wir dem Volk dienen.“ (Zitiert nach „Kathpress“ vom 5. 2. 1985). Cardenal bestätigte weiter, dass der Vatikan ihn aufgefordert habe, das Priesteramt selbst zurückzulegen, doch „ein

Verzicht wäre gleichbedeutend mit einem Verrat an meinem Volk in einem Augenblick, in dem Nicaragua Ziel von Aggressionen ist.“

Ernesto Cardenal blieb weiterhin Kulturminister, äußerte aber wiederholt den Wunsch, wieder als Dichter arbeiten zu können. Dass dieser Wunsch Ende 1987 durch die Auflösung des Kulturministeriums in Erfüllung gehen würde, entsprach wohl nicht seiner Absicht. Offizielle Begründung waren fehlende Ressourcen durch den jahrelangen Contra-Krieg, doch dürfte auch die auf Gegenseitigkeit (und einem unterschiedlichen Kulturverständnis) beruhende Feindschaft zwischen Ernesto Cardenal und der langjährigen Lebensgefährtin (inzwischen Ehefrau und Stellvertreterin) von Staatspräsident Daniel Ortega, Rosario Murillo, damals Präsidentin des Nicaraguanischen Schriftstellerverbandes, eine Rolle gespielt haben.

Dichter und Kritiker der Sandinisten

Nach seinem Ausscheiden aus der Regierung widmete sich Cardenal wieder seinem lyrischen Schaffen sowie der internationalen Reisetätigkeit. 1988 gründete er mit dem österreichischen Schauspieler Dietmar Schönherr das internationale Kultur- und Entwicklungsprojekt „Casa de los tres mundos“ (Haus der drei Welten) in seiner Geburtsstadt Granada. Schönherr und Cardenal hatten sich schon 1983 angefreundet und zusammen den Entwicklungshilfverein „Pan y arte“ (Brot und Kunst) gegründet, für den sie in Europa Geld sammelten, auch bei gemeinsamen Veranstaltungen. Zugleich arbeitete Ernesto Cardenal an seinem größten Gedichtzyklus, dem 43 Gesänge umfassenden „Cántico Cosmico“, der 1989 erschienen ist (auf Deutsch: „Gesänge des Universums“, 1992) und den er selbst als sein literarisches Hauptwerk bezeichnete.

Im Februar 1990 verloren die Sandinisten überraschend die Wahlen gegen das bürgerliche Wahlbündnis UNO (Unión Nacional Opositora) unter Führung von Violeta Chamorro, die neue Staatspräsidentin wurde. Grund für diese Niederlage war neben der Zermürbung der Bevölkerung durch den jahrelangen Contra-Krieg sicher auch Machtmissbrauch und Korruption in den Kadern der FSLN. In den zwei Monaten zwischen Wahlniederlage und Regierungsübergabe sicherten sandinistische Funktionäre ihre eigenen sowie die Pfründe der FSLN. In der sogenannten Piñata wurden zahlreiche Eigentumstitel ausgestellt, Dienstwagen privatisiert und Staatsgüter auf Privatpersonen übertragen. Dies wurde von Ernesto Cardenal und anderen ehemaligen Regierungsmitgliedern heftig kritisiert.

Beim Parteikongress der FSLN im Mai 1994 kam es zum offenen Bruch zwischen der Führung um Daniel Ortega und Tomás Borge sowie den sogenannten „Erneuerern“ um den ehemaligen Vizepräsidenten Sergio Ramírez und die Kommandantin Dora María Tellez, die aus der Partei austraten und 1995 die „Sandinistische Erneuerungsbewegung“ (MRS) gründeten, die aber politisch nie wirklich Fuß fassen konnte. Ernesto Cardenal wechselte ebenfalls von der FSLN zur MRS, betätigte sich dort aber nicht mehr politisch. Nach einigen Wahlniederlagen kamen die Sandinisten und Daniel Ortega 2006 wieder an die Macht. Cardenal blieb ein scharfer Kritiker der FSLN im allgemeinen sowie von Daniel Ortega und dessen Frau Rosario Murillo (ab 2006 offiziell Regierungssprecherin im Ministerrang und ab 2016 Vizepräsidentin) im besonderen. Cardenal wurde sogar gerichtlich wegen Verleumdung Ortegas verurteilt und da er sich weigerte, die Strafe zu zahlen, wurden vorübergehend seine Konten gesperrt.

Cardenals Tod: Versöhnung mit Rom, nicht mit Ortega

Dass Präsident Ortega nach dem Tod von Ernesto Cardenal eine dreitägige Staatstrauer ausrief, wurde leider von einem Teil seiner

Anhänger nicht als Versöhnungsgeste verstanden. So wurde der Trauergottesdienst am 4. März in Managua durch Zwischenrufe gestört und danach gab es gewalttätige Übergriffe.

Während der politische Konflikt um Ernesto Cardenal mit seinem Tod nicht zu Ende war, wurde der kirchliche Konflikt schon ein Jahr vorher beigelegt. Sein Bruder Fernando sowie Ex-Außenminister Miguel d'Escoto hatten schon vor Jahren im Vatikan um die Rücknahme ihrer Suspendierung vom Priesteramt angesucht, was ihnen auch gewährt wurde. Ernesto Cardenal weigerte sich aber bis zuletzt, ein Gesuch nach Rom zu schicken, da er sich ja im Recht gefühlt hatte. Am 2. Februar 2019 besuchte der Apostolische Nuntius in Nicaragua, der polnische Erzbischof Waldemar Stanislaw Sommertag, im persönlichen Auftrag von Papst Franziskus Ernesto Cardenal in dessen Haus in Managua. Der Nuntius berichtete daraufhin dem Papst, dass ihn Cardenal um die Aufhebung der Sanktionen gebeten habe, was Franziskus umgehend gewährte. Inzwischen musste Cardenal wegen einer schweren Niereninfektion ins Spital eingeliefert werden, wo ihn der Nuntius am 18. Februar erneut besuchte und mit ihm gemeinsam die Messe zelebrierte – für Cardenal zum ersten Mal seit 34 Jahren. Die Vorgangsweise des Vatikans war außergewöhnlich und trug eindeutig die persönliche Handschrift von Papst Franziskus, der von sich aus auf Ernesto Cardenal zugeht und damit das von seinem polnischen Vor-Vorgänger begangene Unrecht wieder gutmacht, noch dazu durch seinen persönlichen Gesandten, einen polnischen Erzbischof! Der Gesundheitszustand Cardenals wurde damals als äußerst kritisch eingeschätzt, verbesserte sich aber bald, so dass er nach Hause entlassen werden konnte. Einige Wochen später gab er der „Deutschen Welle“ noch ein Interview, in dem er sich erneut für den Abtritt des „Präsidentenpaares“ in Nicaragua aussprach und über Papst Franziskus sagte: „Er ist wie ein Wunder, ein Segen Gottes: Er hat eine Revolution im Vatikan angestoßen und damit auch in der Kirche und in der Welt.“ („Deutsche Welle“, 27. 3. 19).

Am 20. Jänner 2020 beging Ernesto Cardenal seinen 95. Geburtstag. Damals hieß es, sein Gesundheitszustand sei seinem Alter entsprechend wieder gut und er wolle weiter schreiben. Einige Wochen später wurde er wieder wegen eines Nierenleidens in ein Spital eingeliefert, wo er am 1. März an Herz- und Nierenversagen starb. Der Trauergottesdienst für den bis vor kurzem noch mit kirchlichen Sanktionen belegten Cardenal fand in der Kathedrale von Managua statt und wurde vom Erzbischof der Hauptstadt, Kardinal Leopoldo Brenes, gemeinsam mit weiteren Bischöfen sowie dem Apostolischen Nuntius zelebriert. Die Urnenbeisetzung in Solentiname fand am 13. März nur im Kreis von Angehörigen und Freunden statt. Die große und lange Reise des Ernesto Cardenals fand also dort ihr Ende, wo er sich wirklich daheim gefühlt hatte. 

Adalbert Krims, geb. 1948 in Freistadt OÖ., war viele Jahre in der Entwicklungspolitik und Solidaritätsarbeit tätig, von 1991 bis zu seiner Pensionierung 2011 Redakteur beim ORF (Radio Österreich International und dann in der Religionsabteilung Hörfunk). Seit 1976 gibt er die Zeitschrift „Kritisches Christentum“ heraus, durch die er auch seit 1979 mit Ernesto Cardenal verbunden war. E-Mail: krims@aon.at

„Die Restriktionen können uns helfen, eine Entgiftung unserer Lebensweise zu beginnen“

Der französische Soziologe und Philosoph **Edgar Morin** analysiert die globale Gesundheitskrise

Ein Interview von **David Le Bailly** und **Sylvain Courage**



Edgar Morin

Was ist die bislang wichtigste Lehre, die aus der Coronavirus-Pandemie gezogen werden kann?

Diese Krise zeigt uns, dass Globalisierung gegenseitige Abhängigkeit ohne Solidarität ist. Die Entwicklung der Globalisierung hat zweifelsohne eine technisch-ökonomische Einigung des Planeten hervorgebracht, aber sie hat das Verständnis zwischen den Völkern nicht gefördert. Seit Beginn der Globalisierung, in den 1990er Jahren, haben Kriege und Finanzkrisen gewütet. Die planetarischen Gefahren – ökologische Probleme, Atomwaffen, deregulierte Ökonomie – haben eine menschliche Schicksalsgemeinschaft geschaffen, aber die Menschen haben das nicht zur Kenntnis genommen. Das Virus zeigt in unmittelbarer und tragischer Weise diese Schicksalsgemeinschaft. Werden wir uns ihrer endlich bewusst werden? Mangels einer internationalen Solidarität und gemeinsamer Institutionen, die Maßnahmen ergreifen, die dem Ausmaß der Pandemie entsprechen, erleben wir die egoistische Konzentration der Nationen auf sich selbst. In seiner Rede spricht Präsident Macron von der Gefahr eines „nationalistischen Rückzugs“ ...

Zum ersten Mal ist dies eine echte Rede eines Präsidenten. Er ging da nicht nur um die Wirtschaft und die Unternehmen, sondern auch um das Schicksal aller Franzose und Französinnen, der PatientInnen und ihrer BetreuerInnen, der Arbeitenden, die zu Kurzarbeit gezwungen wurden. Seine Anspielung auf das Entwicklungsmodell, das geändert werden sollte, ist ein Anfang. Allerdings ist das Gegengift gegen den nationalistischen Rückzug auf sich

selbst nicht der europäische Rückzug auf sich selbst, da Europa nicht in der Lage ist sich diesbezüglich zu einigen; es ist die Bildung internationaler Solidaritäten, angefangen bei den ÄrztInnen und ForscherInnen aller Kontinente.

Welche Änderungen sollten Ihrer Meinung nach vorgenommen werden?

Das Coronavirus sagt uns mit aller Macht, dass die gesamte Menschheit einen neuen Weg suchen muss, der die neoliberale Doktrin zugunsten eines politischen, sozialen und ökologischen New Deal aufgibt. Der neue Weg würde die öffentlichen Dienstleistungen wie die Krankenhäuser, die in Europa seit Jahren unter verrückten Sparmaßnahmen leiden, erhalten und stärken. Der neue Weg würde die Auswirkungen der Globalisierung korrigieren durch die Schaffung entglobalisierter Zonen, die grundlegende Autarkien schützen würden ...

Was sind diese „grundlegenden Autarkien“?

Erstens die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln. Zur Zeit der deutschen Besatzung hatten wir eine diversifizierte französische Landwirtschaft, die es ermöglichte, die Bevölkerung trotz der deutschen Plünderungen zu ernähren, ohne dass sie Hunger litt. Heute müssen wir neu diversifizieren. Und dann noch die Gesundheitsautonomie. Heute werden viele Medikamente in Indien und in China hergestellt und wir riskieren Engpässe. Es ist notwendig, das, was vital für eine Nation ist, wieder lokal zu produzieren.

Verschlechtert die Globalisierung die Gesundheitskrise zu einer allgemeinen Krise?

Das ist bereits erfolgt. Wenn Putin beschließt, die russische Ölproduktion aufrechtzuerhalten, dann treibt das in Saudi-Arabien und den USA die Preise hinunter, wo Texas in ernste Schwierigkeiten geraten könnte, die Trump vielleicht die Präsidentschaft kosten werden ... Die Panik erfasst auch den Finanzsektor, was zu einem Börsencrash führt. Wir können diese Kettenreaktionen nicht beherrschen. Die durch das Virus verursachte Krise verschärft die allgemeine Krise der Menschheit, die von Kräften ausgelöst wird, die sich jeder Kontrolle entziehen.

Wenn wir die Situation mit der Spanischen Grippe von 1918-1919 vergleichen, bei der die Behörden eine wahre Omerta (absolutes Stillschweigen) betrieben, so zeigen die Regierenden heute eher Transparenz ... Ist das nicht ein positiver Effekt der Globalisierung?

Zur Zeit der Spanischen Grippe wollte man vermeiden, dass die Bevölkerung und insbesondere die Soldaten um diese Geißel Bescheid wissen. Diese Intransparenz ist heute unmöglich. Selbst das chinesische Regime konnte die Informationen nicht unterdrü-

cken, indem es den Helden bestrafte, der Alarm geschlagen hatte ... Die Informationsnetze haben uns ermöglicht, die Ausbreitung der Pandemie von Land zu Land zu verfolgen. Dies hat jedoch keine Zusammenarbeit auf höherer Ebene bewirkt. Es hat sich nur eine spontane internationale Zusammenarbeit der ForscherInnen und ÄrztInnen entwickelt. Weder die WHO noch die UN sind in der Lage, den am stärksten benachteiligten Ländern Mittel zum Widerstand gegen die Krise zu verschaffen. [...]

Was können wir von den Restriktionsmaßnahmen erwarten? Angst? Misstrauen zwischen den Menschen? Oder im Gegenteil die Entwicklung neuer Beziehungen zu den anderen?

Wir befinden uns in einer Gesellschaft, in der die traditionellen Strukturen der Solidarität schwächer geworden sind. Eines der großen Probleme ist die Wiederherstellung der Solidaritäten, zwischen den Nachbarn, zwischen den ArbeiterInnen, zwischen den StaatsbürgerInnen ... Mit den Einschränkungen, die wir gerade erleben, werden die Solidaritäten wieder gestärkt, zwischen Eltern und Kindern, die nicht mehr zur Schule gehen, zwischen NachbarInnen ... Unsere Konsummöglichkeiten sind betroffen und wir sollten diese Situation nutzen, um den Konsumismus, also die Sucht, die Konsumsucht, zu überdenken, unsere Vergiftung mit Produkten ohne wirklichen Nutzen, und uns von der Quantität zugunsten der Qualität zu befreien.

Unsere Beziehung zu der Zeit wird sich wahrscheinlich auch ändern...

Ja. Dank der Restriktionen, dank dieser Zeit, die wir wieder bekommen, die nicht mehr zerhackt ist und gemessen wird, diese Zeit, die dem Metro fahren-Arbeiten-Schlafen Rhythmus entkommen ist, können wir uns selbst wieder finden und sehen, was unsere Grund-

bedürfnisse sind, wie die Liebe, die Freundschaft, die Zärtlichkeit, die Solidarität, die Poesie des Lebens ... Die Restriktionen können uns helfen, eine Entgiftung unseres Lebensstils zu beginnen und zu verstehen, dass gut leben bedeutet, unser „Ich“ zu entwickeln, aber immer im Rahmen unserer verschiedenen „Wir“.

Kann diese Krise paradoxerweise etwas Gutes bewirken?

Es hat mich sehr bewegt zu sehen, wie diese italienischen Frauen auf ihrem Balkon die Hymne der Brüderlichkeit, „Fratelli d'Italia“ („Brüder von Italien“), sangen. Wir müssen zu einer nationalen Solidarität finden, die nicht geschlossen und egoistisch ist, sondern offen für unsere irdische Schicksalsgemeinschaft ... Bevor das Virus auftauchte, hatten die Menschen aller Kontinente die gleichen Probleme: die Verschlechterung der Biosphäre, die Verbreitung von Atomwaffen, die Deregulierung der Wirtschaft, die die Ungleichheiten verschärft ... Diese Schicksalsgemeinschaft existiert, aber weil die Menschen verängstigt sind, nehmen sie sie nicht zur Kenntnis, sondern flüchten sich in einen nationalen oder religiösen Egoismus. Natürlich ist die nationale Solidarität unerlässlich, aber wenn wir nicht verstehen, dass wir ein gemeinsames Bewusstsein für das Schicksal der Menschheit brauchen, wenn wir keine Fortschritte bei der Solidarität machen, wenn wir unser politisches Denken nicht ändern, dann wird sich die Krise der Menschheit noch verschärfen. Die Botschaft des Virus' ist klar. Und wehe, wenn wir sie nicht hören wollen.



Interview von **David Le Bailly** und **Sylvain Courage**
 Veröffentlicht am 18. März 2020 in *Nouvel Observateur*
 Übersetzung: Werner Wintersteiner

Bestellen Sie jetzt ein aktuelles

Ich bestelle

- ... ein aktuelles Probeheft
- ... Jahresabonnement(s) Inland: 25 €
- ... Jahresabonnement(s) Ausland: 50 €

(Abos verlängern sich bei nicht rechtzeitiger Kündigung automatisch)

Jede neue Abonnettin bzw. jeder neue Abonnent erhält ein Buch als Geschenk!

Name:

Straße:

PLZ / Ort:

Datum / Unterschrift:

Fax: +43 (0)1 5229111-9 • E-Mail: abo@international.or.at

Bitte ausreichend frankieren!

**INTERNATIONAL
 Quellenstraße 2C
 1100 Wien**